



---

*Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie  
Der Vorsitzende*

---

15.9.2023

Herrn  
Johan Van Overtveldt  
Vorsitzender  
Haushaltsausschuss  
BRÜSSEL

Betrifft: Stellungnahme in Form eines Schreibens zum Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2024 – alle Einzelpläne (2023/0264(BUD))

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Rahmen des genannten Verfahrens wurde der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie beauftragt, Ihrem Ausschuss eine Stellungnahme vorzulegen. Der Ausschuss beschloss in seiner Sitzung vom 27. Oktober 2022, diese Stellungnahme in Form eines Schreibens zu übermitteln. Er hat den Gegenstand in seiner Sitzung vom 23. Mai 2023 geprüft und die Stellungnahme in der Sitzung vom 19. September 2023 angenommen.

Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie ersucht den federführenden Haushaltsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. weist darauf hin, dass der Unionshaushalt für 2024 auf die Ziele des europäischen Grünen Deals, den Industrieplan zum Grünen Deal, die Klimaneutralitätsziele der EU und das Übereinkommen von Paris abgestimmt sein sollte; ist der Ansicht, dass der EU-Haushalt ausreichende Mittel für nachhaltiges Wachstum bereitstellen und zur angemessenen Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen beitragen sollte, die am stärksten von zahlreichen Krisen und deren sozialen und wirtschaftlichen Folgen betroffen sind; ist ferner der Ansicht, dass damit weiterhin die Folgen des Angriffskriegs Russlands angegangen werden sollten, indem direkte Unterstützung für die Ukraine bereitgestellt wird und die offene strategische Autonomie, die Energieunabhängigkeit, der digitale Wandel, die Cybersicherheit und die Verteidigungsfähigkeiten der Union gestärkt werden;

2. beharrt darauf, dass die Investitionen für die EU-Industrie erhöht werden müssen; betont, dass 2024 das Jahr sein muss, in dem Europa beginnt, in seine industrielle Wettbewerbsfähigkeit zu investieren, wodurch anerkannt wird, dass Investitionen in Unternehmen wichtig sind, um nachhaltiges Wachstum und hochwertige Arbeitsplätze zu fördern;
3. weist erneut auf die negativen Auswirkungen der höheren Inflation auf den EU-Haushalt hin, die insbesondere auf den höheren Betrag der EURI-Zahlungen zurückzuführen sind, und auf die Tatsache, dass infolgedessen unzureichende Beträge im Instrument für einen einzigen Spielraum verbleiben, um unvorhergesehene Ausgaben zu bewältigen, einschließlich einer weiteren Reaktion der EU auf die Entwicklungen des anhaltenden Krieges gegen die Ukraine sowie aller neuen Maßnahmen zur Verringerung der Abhängigkeit der EU in den Bereichen Energie, Digitales und Industrie; besteht darauf, dass die Zinszahlungen des EURI niemals zulasten einer angemessenen Finanzierung für andere EU-Programme gehen sollten; betont, dass Investitionen in Forschung, Innovation und Industrie im Unionshaushalt Vorrang eingeräumt werden muss, um eine klimaneutrale, prosperierende und wettbewerbsfähige Zukunft für Europa zu sichern, die zur Dekarbonisierung sowie zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit aller europäischen Industrien beitragen;
4. ist der festen Überzeugung, dass die bestehenden Programme der Union eine höhere Mittelausstattung erhalten sollten, damit die 2020 vereinbarten Ziele sowie die danach hinzugefügten neuen Ziele, insbesondere im Bereich der Verteidigungs- und Industriepolitik, trotz hoher Inflation erreicht werden können; betont, dass mindestens alle verfügbaren Mittel für Programme verwendet werden sollten, einschließlich aller verfügbaren gemäß Artikel 15 Absatz 3 der Haushaltsordnung freigegebenen Mittel;
5. besteht darauf, dass die Revision des MFR rechtzeitig angenommen wird, damit genügend Zeit bleibt, um sich auf den Haushaltsplan für 2024 zu einigen, was angesichts der Tatsache von entscheidender Bedeutung ist, dass NGEU nicht mehr genutzt werden kann, um kritische EU-Programme (einschließlich Horizont Europa) zu stärken, wie dies in den Jahren 2021-2023 der Fall war; betont, dass die Neuzuweisung von Mitteln zwischen bestehenden Finanzierungsprogrammen keine tragfähige langfristige Lösung ist, und ist der Ansicht, dass eine ehrgeizige Revision des MFR ein positives Signal an die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen in der EU senden würde;
6. begrüßt den Vorschlag der Kommission für eine Plattform für strategische Technologien für Europa (STEP) als Haushaltskomponente der Industriepolitik der Union; betont, dass der von der Kommission beantragte Betrag ein erster positiver Ansatz ist, aber nicht das Versprechen eines Europäischen Souveränitätsfonds erfüllt; fordert die Kommission auf, im nächsten MFR einen neuen und speziellen Mechanismus vorzuschlagen; bedauert, dass für die Finanzierung hauptsächlich Mittel von bestehenden Fonds umgeschichtet werden, während wichtige Initiativen wie die Netto-Null-Industrie-Verordnung oder das Gesetz über kritische Rohstoffe nicht glaubwürdig unterstützt werden; vertritt die Auffassung, dass dies den Mehrwert von STEP erheblich untergräbt, da dadurch Finanzierung von grundlegender Bedeutung für die industrielle Zukunft der Union und die offene strategische Autonomie der Union abgezogen wird;
7. betont erneut, dass für alle neuen Gesetzgebungsvorschläge zur Unterstützung des Wandels in den Bereichen Energie, Umwelt und Digitalisierung angemessene Mittel bereitgestellt werden müssen; besteht darauf, dass Initiativen wie das Europäische Chip-

Gesetz, das Neue Europäische Bauhaus, sichere Konnektivität, die Wasserstoffbank und STEP mit zusätzlichen Haushaltsmitteln ausgestattet werden oder völlig neue Haushaltslinien erhalten sollten; besteht darauf, dass ein Beitrag dazu geleistet wird, dass in der gesamten Union angemessene Finanzmittel zur Verfügung stehen;

8. weist erneut darauf hin, wie wichtig es ist, Synergien zwischen allen EU-Finanzierungssystemen zur Unterstützung von Akteuren der europäischen Industrie und Innovatoren zu straffen und zu fördern; betont, dass potenziellen Antragstellern klare und zugängliche Informationen zur Verfügung gestellt werden müssen; fordert, dass die Informationen durch gezielte administrative Unterstützung, insbesondere für KMU, ergänzt werden;

9. bedauert die umfangreichen Kürzungen der Mittel für Horizont Europa in Höhe von 166 Mio. EUR, die der Rat in seinem Standpunkt zum Haushaltsplan 2024 vorgeschlagen hat, insbesondere angesichts der Tatsache, dass die Verpflichtungen im Rahmen von NGEU nur bis Ende 2023 laufen und daher hiermit kein Ausgleich möglich ist; betont, dass alle Programme, die in den Zuständigkeitsbereich des ITRE-Ausschusses fallen und für den ökologischen und digitalen Wandel sowie für die offene strategische Autonomie der EU von entscheidender Bedeutung sind, in hohem Maße von der Förderung von Innovationen abhängig sind, was nur durch eine nachhaltige langfristige Finanzierung erreicht werden kann; weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die kontinuierliche Umschichtung und Umwidmung von Forschungsmitteln und ihre Neuausrichtung auf neue Projekte und politische Prioritäten, so dringend sie auch sein mögen, die langfristigen Ziele und Vorgaben der EU, auch in Bezug auf Klima- und Energieziele, gefährdet;

10. erinnert an die negativen Folgen eines solchen strukturellen Defizits an Mitteln und Ambitionen, die darin zum Ausdruck kommen, dass mehr als 71 % der Projekte, die im Rahmen von Horizont Europa in den ersten beiden Jahren des Programms als „ausgezeichnet“ eingestuft wurden, nicht finanziert werden konnten; bedauert die daraus resultierende Verschwendung von Talent; fordert eine Aufstockung der Mittel für Horizont Europa, die es jedem Teilprogramm ermöglichen würde, mindestens 50 % aller „ausgezeichneten“ Vorschläge zu finanzieren;

11. erinnert in diesem Zusammenhang an den besonderen Fall der geplanten Aufstockung des Kommunikationsbudgets der Kommission um 240 Mio. EUR für den Zeitraum bis zum Ende des derzeitigen MFR; bedauert, dass eine solche Initiative durch Übertragungen von Mitteln aus wichtigen Programmen der Union, einschließlich Horizont Europa, finanziert wird;

12. betont, dass die Umstellung auf ein hochgradig energieeffizientes und auf erneuerbaren Energieträgern beruhendes Energiesystem durch bessere Vernetzung wichtig ist, um die Abhängigkeit der Union bei der Energieversorgung zu verringern und so für stabilere und erschwinglichere Energiepreise zu sorgen; betont, dass erhebliche Investitionen in Energiespar- und Energieeffizienzmaßnahmen, in den Ausbau inländischer Kapazitäten für erneuerbare Energien, insbesondere in Mitgliedstaaten mit diesbezüglichem Rückstand, und in die Dekarbonisierung industrieller Prozesse im Einklang mit der sektoralen Integrationsstrategie der EU erforderlich sind;

13. erinnert daran, dass Investitionen in die sozioökonomische Erholung nach der Pandemie und angesichts der hohen Inflationsraten nach wie vor von entscheidender

Bedeutung sind; betont, dass der Übergang von Industrien und schwer zu dekarbonisierenden Sektoren unterstützt werden muss, um eine wettbewerbsfähige Union mit einer CO<sub>2</sub>-neutralen Wirtschaft zu erreichen; bekräftigt, dass robuste Investitionen in die Infrastruktur, die Stärkung der Stromnetze, die Konnektivität und die Erleichterung der Lieferung und Speicherung von Wasserstoff erforderlich sind; unterstützt eine Aufstockung der Haushaltsmittel für einschlägige gemeinsame Unternehmen wie sauberen Wasserstoff und digitale Schlüsseltechnologien, insbesondere im Hinblick auf die Unterstützung der Sektoren und KMU, die am stärksten von der Pandemie und den Auswirkungen des Angriffskriegs Russlands betroffen sind, sowie im Hinblick auf Tätigkeiten, die zur Klimaneutralität beitragen;

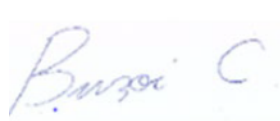
14. bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass im Haushaltsplan 2024 zwar spezielle neue Mittel für die Verteidigungsindustrie vorgesehen sind, der Bedarf jedoch teilweise durch die Verwendung von 300 Mio. EUR aus dem Flexibilitätsinstrument gedeckt würde, was zu Unsicherheit hinsichtlich einer nachhaltigen Finanzierung der Verteidigung in Zukunft führt; bringt außerdem seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass künftige EU-Haushalte (2025-2027) ohne eine Revision des MFR und einen EU-Beschluss über „Eigenmittel“ erlassen werden könnten, was die Notwendigkeit unterstreicht, die neuen Eigenmittelvorschläge der Kommission erfolgreich anzunehmen;

15. fordert eine angemessene Finanzierung für die Umsetzung der Akademien für eine klimaneutrale Industrie und der Akademien der Europäischen Batterie-Allianz; erachtet es als äußerst wichtig, über qualifizierte Arbeitskräfte zu verfügen, die zum ökologischen und digitalen Wandel beitragen; besteht auf der Förderung von Ausbildung, Weiterqualifizierung und Umschulung;

16. betont, wie wichtig die Beteiligung von Frauen in den Bereichen Naturwissenschaften, Technologie, Ingenieurwesen und Mathematik sowie in den Bereichen technologieintensive Innovation und Risikokapital ist; erwartet, dass die Gleichstellung der Geschlechter im Rahmen der Umsetzung und Überwachung aller Programme gefördert wird;

17. fordert eine angemessene Finanzierung und Personalausstattung für alle Agenturen und Einrichtungen der Union in den Politikbereichen Industrie, Forschung und Energie; fordert zusätzliche Mittel und Personal für die Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) sowie 10 zusätzliche Vollzeitäquivalentstellen und entsprechende zusätzliche Mittel für die Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit (ENISA); hält es für bedauerlich, dass der Rat Kürzungen der Haushaltspläne der ACER und der EU-Agentur für das Weltraumprogramm (EUSPA) gerade zu dem Zeitpunkt vorschlägt, zu dem sie neue Aufgaben im Zusammenhang mit neu angenommenen Rechtsvorschriften erhalten;

Mit freundlichen Grüßen



Cristian-Silviu Bușoi

Vorsitzender

PE753.447v01-00



Christian Ehler

Verfasser der Stellungnahme

AL\1286122DE.docx